



**AG Soziale Gerechtigkeit**

# **Was ist "Die solidarische Rentenversicherung"**

**(08/2025)**

**Mitglieder der AG und Autoren:**

***Claude Berny***

***Alfred Kollmeier***

***Michael Rumpel***

Adresse für Rückfragen:

<https://www.attac-netzwerk.de/mainz/arbeitsgruppen/soziale-gerechtigkeit>

# Was ist "Die solidarische Rentenversicherung"

## Inhaltsverzeichnis

1. Thesen zur Einführung.....	2
2. Thesen zur Verteilung.....	4
3. Ein aktueller Überblick über die Gesetzliche Rentenversicherung (GRV)...	8
4. Immer mehr Rentner sind arm.....	12
5. Was ist eine armutsfeste Rente?.....	14
6. Die Bilanz der GRV: Die Defizite der Einnahmeseite.....	15
7. Elemente einer solidarischen Rentenversicherung.....	21
8. Politische Schlussfolgerungen.....	24

## 1. Thesen zur Einführung

Das Thema ist kompliziert, weil es ungewöhnliche Räume aufzustoßen scheint. Sein Zweck besteht nicht einmal nur darin, dass es neuer Ideen bedarf, um sich in die Rentenpolitik einzumischen. Der Zweck soll vor allem darin bestehen, die so vertrauten Begriffe in der Assoziationskette, die das Thema Rentenversicherung lostritt, zu erschüttern:

- Was ist mit Solidarität gemeint?

- Was ist mit Äquivalenz gemeint?

Kann das Thema Rente überhaupt für sich, also ohne die gesellschaftlichen Verhältnisse, von denen sie umwoben ist, behandelt werden? Es geht bei all dem eben nicht nur um die Rente, sondern vor allem um die Modalitäten der Verteilung der gesellschaftlichen Reichtümer.

1. Rentenpolitik ist Klassenpolitik. Durch Rentenpolitik wird über den Ausschluss ganzer Teile der Bevölkerung vom gesellschaftlichen Leben entschieden. Es geht um den Ausschluss aus der Gesellschaft. Es geht um die doppelte Stigmatisierung der Habenichtse. Sie arbeiten zumeist in ihrem Arbeitsleben für geringen Lohn und müssen im Alter aufstücken, weil sie nur noch weniger als 50% von ihrem geringen Lohn als Rente erhalten. Diese 50% sind bei Geringverdienern das untrügliche Zeichen von Armut. Was sie an Verzicht, Stigmatisierung und Ressentiments in ihrem Erwerbsleben erfahren haben, setzt sich im letzten Lebensabschnitt - der Rente - fort: Ämterlauf, Bedürftigkeitsprüfung, Scham und eine tiefe Resignation. Kein Gedanke daran irgendwann, irgendwie und irgendwo noch etwas zu verändern. Sie sind die Nichtwähler, die Unsichtbaren, die Flaschensammler und die Dauerkunden bei der Tafel.

2. Es geht natürlich um soziale Gerechtigkeit, die mit dem Solidaritätsbegriff eine genauere Bestimmung erhält, eine Bestimmung, die vor allem darauf abzielt, die paternalistische Attitüde des Sozialstaates in Frage zu stellen. Dieser setzt ungeheure bürokratische Energien, Verwaltungskräfte und Geld in Bewegung, um die <Empfänger> seiner knappen Gaben zu erniedrigen, obwohl sie nur ihre Rechte wahrnehmen. Ministerpräsident Beck war sich nicht zu schade, in seltener Perfidie zu formulieren, dass sich parasitäres Verhalten darin äußere, alle <Wohltaten> des Sozialstaates auch wahrzunehmen. Warum sprechen wir von einer <paternalistischen Attitüde>? Weil der Sozialstaat auf dem Prinzip der Armutsverwaltung aufbaut. Sein Sinn und Zweck besteht darin, den Menschen klarzumachen, dass sie ihre gesellschaftliche Inferiorität als selbstverschuldet zu begreifen haben und eine Veränderung nur als individualistische Tat möglich sein wird.

Genau das macht diese Konzeption vom paternalistischen Sozialstaat aus, der generös an die Benachteiligten und Unterprivilegierten Almosen zur knappen Existenzsicherung verteilt, nachdem er ihnen durch eine Kaskade von Schikanen klargemacht hat, dass sie dafür die Verhältnisse, die sie arm gemacht haben auch zu akzeptieren haben. Kurzum: Sie sollen dankbar sein! Der Sozialstaat beruht darauf, dass ganz generös ein Minimum an die Unterprivilegierten verteilt wird. Dieses Minimum soll sie am Leben halten, ihnen ermöglichen ihre Arbeitskraft dauerhaft in Reserve zu halten, um sie so bald wie möglich wieder

---

zu verkaufen. Alles in puncto Armutsverwaltung ist darauf abgestellt die <Armen> ruhig zu halten.

3. Ein beträchtlicher Teil der Armen in der BRD sind Rentner. Und wenn die Prognosen zutreffen, dann werden sie sich schnell vermehren. Die Mehrheit von ihnen ist auch in der Vergangenheit, also ihrem Arbeitsleben arm gewesen oder bewegte sich rund um die Armutsschwelle. Ihre aktuellen oder zukünftigen Lebensverhältnisse als Rentner hängen davon ab, wie sich die Einkommenssituation in ihrem Berufsleben gestaltet. Aber eben nur zum Teil. Jahrzehntlang haben Lohnempfänger geglaubt, dass sie ihre spätere Rente aus der Höhe ihres Einkommens und den Beitragsjahren berechnen könnten. Das erwies sich als Irrtum. Infolgedessen gibt es eine relative Autonomie der Situation der Rentner, eine relative Autonomie gegenüber der Situation im Berufsleben. Das rechtfertigt es, die Rente als Form gesellschaftlichen Einkommens gesondert zu betrachten.

- Was aber ist Rente? Rente ist die Verteilung angesparter Vermögenswerte an Personen, die auf Grund von Alter, Krankheit, Unfällen oder sonstigen Versehrtheiten aus dem Berufsleben ausscheiden oder ausscheiden müssen. Die Rente hat den offiziell erklärten Anspruch, dass der Lebensstandard, den der Empfänger im Berufsleben in der Gesellschaft eingenommen hat, auch über die Phase der Lohnarbeit hinaus gewahrt bleibt. Dieser Anspruch wird in immer weniger Fällen erfüllt.

- Rente ist keine autonome Lebenszeit, sondern hängt völlig von den wechselvollen und oft sehr frustrierenden Strukturen des Berufslebens ab. Und Rente hängt mit gesellschaftlichen Brüchen wie Krisen, Kriegen, gesellschaftlichen Umwälzungen zusammen. Zäsuren in der langen Nachkriegsperiode der BRD sind die Wiederaufbauphase nach 1949 (25 Jahre sozialdemokratischer Wohlfahrtsstaat) und die Krise der Jahre nach 1972, die im Neoliberalismus der 90er Jahre mündete. Im Rentensystem gilt das Äquivalenzprinzip. Das bedeutet, dass die Rente, gekoppelt an das Einkommen, bis in die 70er Jahre des 20. Jhs. für die Mehrheit der Menschen in der BRD einen Aufstieg bedeutete und danach für immer mehr Menschen einen sozialen Abstieg zur Folge hatte. Das spricht dagegen, die Rente als Form gesellschaftlichen Einkommens gesondert zu betrachten und spricht dafür, sie eng verbunden mit den Hierarchien der Einkommen zu betrachten.

- Rente ist ein politisches Thema, das sehr stark von willkürlichen Entscheidungen abhängt. Man mag es als Versicherung bezeichnen. Aber warum ist es für einige Gruppen eine Verunsicherung, während es für andere Gruppen (Beamte, politisches Personal) eine fest installierte und von politischen Eingriffen weitestgehend verschonte Größe ist? Und warum ist Rente für immer größere Teile der Gesellschaft eine irgendwann in der Zukunft klar planbare Armutssackgasse?

- Rente ist wie Arbeit ein von Klassenwidersprüchen durchzogener Bereich des gesellschaftlichen Lebens. Heute verbringen infolge demografischer Veränderungen und Veränderungen im gesellschaftlichen Arbeitsprozess immer mehr Menschen immer mehr Zeit im gesellschaftlichen Rentenstatus. Der Begriff der <jungen Alten> differenziert diesen Status, indem er zeigt, dass Rentner heute agiler und gesünder sind als alle Generationen zuvor und immer mehr von ihnen gezwungen sind zusätzlich zur kargen Rente noch einer Lohnarbeit nachzugehen.

## 2. Thesen zur Verteilung

1. Solidarische Systeme zeichnen sich immer durch eine Dominanz kooperativer Praxisformen über rivalisierende (Konkurrenz) aus. Solidarität steht dafür, dass Probleme, Hindernisse, Entwicklungsschranken im Alltagsleben als generelle Faktoren wahrgenommen werden, die jeden treffen oder zumindest treffen können und besser und schneller gemeinsam als individuell überwunden werden. Solidarität steht für eine Beziehung zum anderen, die sich prinzipiell durch Gleichheit auszeichnet. Andere Menschen werden prinzipiell als gleichwertig betrachtet. Musterbeispiel eines solidarischen Versicherungssystems ist die allgemeine gesetzliche Krankenversicherung. Wer krank wird, hat zumindest nominell einen Anspruch auf Behandlung bis zur Wiedergesundung. Ein Anspruch, der sich weder qualitativ noch quantitativ von dem anderer Menschen unterscheidet. Krankheit gilt als vom Schicksal bestimmt und nicht als selbstverschuldet. Dies bezieht sich auf die Ansprüche und Selbstdefinitionen einer Versicherung, nicht auf die Strukturen eines Gesundheitssystems und noch viel weniger auf den Begriff von Krankheit.

2. Rentensysteme beruhen grundsätzlich nicht auf dem Solidar-, sondern auf dem Äquivalenzprinzip. Die Rente beruht im Alter auf der Höhe des Einkommens, das im Laufe des Arbeitslebens erwirtschaftet wurde. Das hat zur Folge, dass Niedriglöhner im Alter auch mit Niedrigrente bestraft werden. Die dahinter stehende Legitimation: Wer einen schlecht bezahlten Job ergreift, der ist selber schuld und muss auch dafür büßen, indem er im Alter eine miese Rente erhält. Der Beruf und der Verlauf des Arbeitslebens gelten als Ergebnis einer <freien Wahl> und damit ist der, der in ihm arbeitet auch informiert über die Lohnhöhe und die daraus resultierende Altersrente. Warum aber <wählen> Menschen den <Griff ins Klo?>, werden Hilfsarbeiter/innen, Putzkraft oder arbeiten im Supermarkt an der Kasse? Doch wohl nicht, weil sie es anscheinend für nötig halten, eine Tätigkeit zu ergreifen, die außer ihnen wohl nur wenige wollen, weil diese Tätigkeiten im Ruf stehen, dass sie schlecht bezahlt werden, sich durch unangenehme und möglicherweise auch noch prekäre Arbeitsbedingungen auszeichnen. Wer mag schon Klos putzen, Regale einräumen, Müll abfahren oder im Winter auf dem Acker stehen und Kohl ernten oder auf einer Baustelle Mauern und Wände hochziehen?

Aber: Klos müssen geputzt werden, Müll muss abgefahren werden und Kohl muss auch im Winter geschnitten werden. Auch eine Baustelle kann nicht von November bis März stillgelegt werden. Denn: Die Tätigkeit/der Beruf ist schon da bevor der Akteur der Berufswahl auftritt. Aber dennoch: Der moderne Begriff des <Berufs> impliziert, dass ich mich als ein Individuum wahrnehme, das sich zu etwas <berufen> fühlt und ich nicht direkt in diese soziale Rolle <hineingeboren> bin, sondern diese als <frei gewählt> wahrnehme. Es mag absurd klingen, niemand will zum Mindestlohn arbeiten, aber auch niemand will die Niedriglöhner missen, die zum Mindestlohn schufteten, weil sie gebraucht werden und ohne sie nicht viel läuft. Ihnen wird dringend von solch einer Tätigkeit abgeraten, alle Welt warnt vor ihr und droht mit ihr, die anscheinend von eminenter gesellschaftlicher Wichtigkeit ist. Die Wahl eines solchen <Berufes> macht also nur als überbordender Altruismus Sinn, d.h. wenn denn unterstellt wird, dass der Berufsanfänger heute schon weiß, was ihm in Zukunft blühen wird (und das ist meistens trotz vieler mentaler Verdrängungen der Fall). Wenn es denn nicht der Altruismus ist, dann ist es bestimmt nicht die Rentenhöhe, die die Leute scharenweise in die Niedriglohnjobs treibt. Aber was ist es dann?

Wenn - und das ist die einzige erklärende Alternative - gesellschaftliche Arbeitsteilung als das implizite Resultat der natürlichen Selektion betrachtet wird, können die, die von Natur aus mit schlechteren Gaben ausgestattet sind, dennoch mit Hilfe des Jobcenters und seiner Instrumente in die Lage versetzt werden, gesellschaftliche Nützlichkeit in Gestalt einer gesellschaftlich notwendigen Tätigkeit zu praktizieren. Die Hierarchie der Einkommen ist also der gesellschaftliche Ausdruck einer natürlichen Wertehierarchie. Das ist in komprimierter Form das sozialdarwinistische Weltbild, mit dem sich der tonangebende Teil der Gesellschaft bemüht die Welt zu erklären. Was da nicht stimmt, liegt auf der Hand: Wenn die soziale Benachteiligung die direkte Folge einer Unterausstattung mit natürlichen Gaben ist, dann ist sie vom Schicksal bestimmt. Was unterscheidet diese Schicksalsabhängigkeit der Stellung im System der Altersrenten dann von der Schicksalsabhängigkeit von Krankheit? Warum führt erstere zur Hierarchie im Rentensystem und letztere zur Egalität im System der Gesetzlichen Krankenversicherung?

Wir können dies auch so ausdrücken, dass die Form der gesellschaftlichen Arbeitsteilung als das implizite Resultat einer Klassenhierarchie begriffen wird, wo die Reproduktion von Klassen der Reproduktion der Menschen vorgeordnet ist. Ein Gabelstaplerfahrer wird also diesen Job nicht aus innerer Bestimmung ergreifen, sondern weil das System genug Menschen produziert, die gezwungen sind, jede Arbeit und jede Arbeitsbedingung anzunehmen. Infolgedessen sind die Löhne niedrig. Ist es umgekehrt, d.h. gibt es keine oder zu wenig Menschen, die dazu gezwungen sind, dann steigen Löhne und verbessern sich die Arbeitsbedingungen oder es ist so, dass der Kapitalist die Stellen abschafft und die Arbeitsprozesse automatisiert.

3. Wer die derzeitige Rentenverteilung erbärmlich findet, der sollte allerdings auch einen Schritt weiter gehen und die Ursachen mit einbeziehen. Das hierarchische Entlohnungssystem für gleiche Arbeitszeiten hat seine Legitimation nur in sich selbst und ist damit ein Effekt politischer Entscheidungen. Grob gesagt, hat die gesellschaftliche Wertschätzung mit der Stofflichkeit der Arbeitsprozesse nichts zu tun.

Die hierarchische Hackordnung der Ökonomie bedingt über das Äquivalenzprinzip die spiegelbildliche Hierarchie der Altersrenten. Ein Angriff auf das Äquivalenzprinzip in der Rentenversicherung ist demnach auch ein Angriff auf das hierarchische Lohnsystem. Solange das hierarchische Lohnsystem der Klassengesellschaft bestehen bleibt, wird wahrscheinlich auch das Rentensystem diese Hierarchie widerspiegeln.

4. Wenn wir schon von Altersrente sprechen, müssen wir auch über ihre sukzessive Demontage reden, die vor allem damit zusammenhängt, dass Ersparnisse der Bevölkerung zunehmend für das spekulative Finanzkapital interessant werden, das gern diese Ersparnisse an der Börse sehen würde. Der Wirtschaftspolitik vieler Staaten Europas käme die Privatisierung der Rente und die Abhängigkeit der Rente von der wirtschaftlichen Entwicklung sehr zupass. Die Rentenansprüche würden dann in Form von Aktien verteilt, deren Kurswert dem Besitzer jederzeit angeben würde, wie viel die von ihm angesparten Rentenbeiträge zur Zeit wert sind. Abgesehen von dem Abenteuererfolg, dass der Besitzer dieser Ansprüche nie wissen kann, ob er im Alter einen Lamborghini fahren oder Dauerbesucher der Tafel sein wird, ist die Aktienrente ein weiterer Trick, um die Bevölkerung in das Geschehen der Kapitalakkumulation und ihrer Krisen einzuflechten. Mehr zu sagen hat sie natürlich nicht, weil die Eigentumsverhältnisse sakrosankt sind. Aber jeder Streik, jede Em-

---

pörung über wirtschaftliche Missstände führt dem Aktienbesitzer glasklar vor Augen, dass die heutige Lohnforderung morgen seine eigene Rente in Gefahr bringen könnte.

5. Eine Forderung nach einem auf dem Solidarprinzip beruhenden Rentensystem, in dem das Rentensystem grundsätzlich so funktioniert wie das Krankenversicherungssystem, stellt offensiv Fragen an die Sinnhaftigkeit der hierarchischen Einkommensverteilung. Das wirkt in gewisser Weise anachronistisch, weil die allgemeine Entwicklungstendenz der sich weitenden Schere der Einkommen in die entgegengesetzte Richtung läuft. Dieser Anachronismus sollte allerdings nicht verdecken, dass der derzeitige Kurs eines <Stopp-signals> bedarf, das mehr ist als das schüchterne Blinken und Wehklagen in den Leitungsgremien der Sozialorganisationen und Gewerkschaften!

6. Ein auf dem Solidarprinzip beruhendes Rentensystem ist auch eine Art Notbremse gegen den Trend zum Phlegma, das bei den Menschen dazu führt, dass sie vieles mit sich machen lassen - in stiller Hoffnung, dass alles nicht so schlimm kommen wird wie befürchtet oder sogar an ihnen vorbeigehen wird. Eine Kampagne für ein solidarisches Rentensystem dient dazu, die offensichtlichsten Ungerechtigkeiten anzuprangern und lauthals darauf zu pochen, dass eine Politik der Armutsvermeidung und des Wohlstands für alle (statt für wenige) mehr benötigt als das übliche Sortiment der Palliativmittelchen, das dem geduldigen Publikum stets von neuem als eine Reform der Rentenversicherung präsentiert wird (am Ende des Tunnels winkt dann eine Bürgerversicherung), die dann immer von neuem wieder versendet. Niemand soll sich einbilden, dass eine solche solidarische Rentenversicherung in absehbarer Zeit das Licht der Welt erblicken könnte. Darauf kommt es aber gar nicht an. Wir machen diesen Vorschlag, um in die Debatte um zeitgenössische Absurditäten wie den Leistungsbegriff, unhinterfragte Privilegien, Märchen über freiwillig geplante Lebensentwürfe im Niedriglohnsektor und geplante Armutsquoten (die Armut als Arbeitsanreiz) mit Beiträgen zu intervenieren.

7. Nun ist das Solidarsystem selbst ein Gegenstand, dem der eingefleischte Wirtschaftsliberale nur ein mühsames Lächeln schenken kann: Das sind die Träume der Leistungslosen und Parasiten, die auf der Suche nach einer Ökonomie sind, in der sie andere für sich arbeiten lassen können, ohne dass dies als Form der Ausbeutung gebrandmarkt werden könnte, weil diese Träume sich als eine Ökonomie des Altruismus, der Gemeinnützigkeit verkaufen. Das alles umschreibt das Weltbild des Wirtschaftsliberalen. Seine Gegenspieler sind der Marxismus, alle Versuche der solidarischen Kooperation, sind die Kritiker der Hierarchien und alle Skeptiker, die die Ewigkeit des liberalen <homo oeconomicus> in Frage stellen. Gerade der seit fast 40 Jahren dominierende Neoliberalismus gräbt nahezu alle Mythen der Wirtschaftsgeschichte aus, um zu zeigen, dass der <homo oeconomicus> als ein Säugetier anzusehen ist, dessen höchste und letzte Entwicklung mit dem Triumph seines natürlichen Handelns im zeitgenössischen Kapitalismus zusammenfällt. Es soll im Folgenden nicht das liberale und ebenso wenig das neoliberale Dogma nachgezeichnet werden. Das ist schon hundertfach geschehen. Es haben die Krisen der letzten vier Jahrzehnte und die manifesten Verarmungsprozesse in den Staaten Europas dazu beigetragen, die Demontage dieses Modells zu beschleunigen. Interessanter ist die Forschung zu ganz anderen Prozessen, die infolge des liberalen Paradigmas völlig ignoriert wurde und die fragt, inwiefern das Hauptproblem des 21. Jahrhunderts, die ökologische Krise, durch die Dominanz des Kapitalismus und der rasant fortschreitenden sozialen Ungleichheit angetrieben wird. Zur Zeit beginnen immer größere Teile der Ökologiebewegung zu begreifen, dass sie

ohne eine starke Sozialpolitik nichts verändern werden. Kürzlich veröffentlichten FÖS (Forum Ökologisch-soziale Marktwirtschaft) und Öko-Institut Freiburg im Auftrag des BAMS (Bundesministerium für Arbeit und Soziales) einen Bericht über den Zusammenhang von Klimakrise und sozialer Ungleichheit. Keine der beiden Institutionen war bisher durch Publikationen dieser Zusammenhänge aufgefallen.

8. Uns geht es dabei darum zu zeigen, dass wir die Krise der Ökologie menschlicher Gesellschaften nicht werden meistern können, wenn es nicht gelingt, eine grundsätzlich andere soziale Verfassung dieser Gesellschaften zu etablieren. Auf welchem Wege das geschieht, mag zweitrangig sein, erstrangig ist und bleibt, dass Klassengesellschaften wenig Ressourcen besitzen, um ein Umsteuern der gesellschaftlichen Entwicklung in Richtung Umweltschutz und ökologische Nachhaltigkeit gelingen zu lassen. Die Klassenkonflikte stehen stets als Drohpotential im Raum, um die wenigen und kleinen Erfolge ökologischer Reformen im Prozess des wirtschaftlichen Wachstums zu ersticken. Jede herrschende Klasse weiß instinktiv, dass nur ein wirksamer <trickle-down-Effekt> den Klassenkonflikt zu dämpfen imstande ist. Der <trickle-down-Effekt> hat aber immer eine Voraussetzung: Wachstum bzw. eine schnelle Zunahme der Arbeitsproduktivität, die fast immer nur das Resultat wachsender Kapitalintensität sein kann. Und eine Zunahme der Kapitalintensität ist verbunden mit mehr Energie, mehr Rohstoffen und mehr in Anspruch genommenen Leistungen des Ökosystems.<sup>1</sup> Jedes wertmäßige Wachstum wirtschaftlicher Tätigkeit wird die Erosion eines oder mehrerer Ökosysteme zur Folge haben. Sichtbar kann das durch den ökologischen Fußabdruck gemacht werden.

9. Eine andere Rentenpolitik ist ein notwendiger Hebel, der angesetzt werden muss, um die wachsende Ungleichheit zu verringern. Es gilt zu zeigen, dass die bisherigen Ansätze einer Rentenreform nur zu einer Rentenkürzung beitragen, die auf die Verarmung im Arbeitsleben noch die Altersarmut oben drauf setzt. Letztlich war dieser Prozess nicht einfach nur die Folge einer Politik der Senkung der Lohnnebenkosten mit der Brechstange, um die Attraktivität des Standortes Deutschland zu heben, sondern auch die notwendige Begleiterscheinung eines Niedriglohnsektors, dessen Schaffung erklärtes Ziel der SPD-Führung um Gerhard Schröder war.<sup>2</sup> Diesen Niedriglohnsektor wieder zu beseitigen, wird sich erheblich schwieriger gestalten als seine Einführung. Kein Zweifel: Wer Armut beseitigen will, der muss den Niedriglohnsektor abschaffen und die Renten anheben. Wenn der Nettolohn des Niedriglohnsektors schon kaum reicht, um eine wirkliche Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen, wie eng muss der Rentner seinen Gürtel schnallen, um zumindest ein bisschen Teilhabe praktizieren zu können? Wer argumentiert, dass zu diesem Zweck die Löhne über eine Armutsschwelle angehoben werden müssen, der fordert nur die Hälfte. Denn steigende Löhne sind zwar die Basis späterer Renten, aber eben auch nur <späterer>. Der Teil heutiger Rentner, deren Schicksal es bleibt, eine Armut genießen zu dürfen, die sich aus 49% eines armutsfesten Lohnes ergibt, hat davon nichts.

Diese 9 Thesen sollen zeigen:

- 1 Jeder Rohstoffabbau, geschieht er nun auf dem Land oder auf dem Meeresboden, dezimiert die Leistungen der ökologischen Reproduktion durch Landverbrauch, Luftverschmutzung und Beschädigung größerer und kleinerer terrestrischer oder mariner Ökosysteme.
- 2 „Wir haben einen der besten Niedriglohnsektoren aufgebaut, den es in Europa gibt. Ich rate allen, die sich damit beschäftigen, sich mit den Gegebenheiten auseinander zu setzen, und nicht nur mit den Berichten über die Gegebenheiten.“ (aus der Rede von Gerhard Schröder am 28.01.2005 vor dem WEF in Davos)

Nur eine solidarische Rente ist dazu in der Lage ein menschenwürdiges Altern für alle zu ermöglichen, weil der Solidargedanke dazu imstande ist, ein starkes Argument für die Gleichheit aller Menschen auszuformulieren, das nicht mit dem Gift der Konkurrenz kontaminiert ist und Gesellschaft als kollektive Praxis der Gegenseitigkeit auf der Basis der Gleichwertigkeit aller Beteiligten begreift. Die Solidarische Rente gehört zu einer Gesellschaft, die ihr Selbstverständnis auf der Basis der Gleichwertigkeit aller Menschen formuliert.

Wer grundsätzlich armutsfeste Renten fordert, deren Rentenkasse eine gewählte Selbstverwaltung der Versicherten ist, kann nicht bei dem Äquivalenzprinzip zeitgenössischer Rentenreformen stehen bleiben. Sie zementieren die Ungleichheit, deren Struktur sie nur besser zu verwalten vorgeben.

Wer grundsätzlich armutsfeste Renten und die Integration aller Rentner (also auch der Beamten, Selbständigen und Großverdiener) in einer Bürgerversicherung fordert, der sieht sich automatisch mit dem Gegenargument konfrontiert, dass bei Wahrung des Äquivalenzprinzips hohe Beiträge auch hohe Renten nach sich ziehen werden. Insofern dürfte diese Integrationsforderung auf ein Nullprinzip hinauslaufen: Wenn die Rentenbeiträge reicher Leute heute die Rentenkassen füllen, werden die hohen Renten derselben Menschen morgen die Kassen wieder leeren. Dieses Gegenargument hängt allerdings an einem Axiom fest: Dem Äquivalenzprinzip. Im System eines Solidarprinzips würden solche Probleme einfach zu lösen sein, indem - zumindest übergangsweise bis zur Einführung eines vollen Solidarprinzips - die Renten ab einer bestimmten Höhe in Gestalt einer Maximalrente gedeckelt würden. Jede Reform der Rentenversicherung wird sich mit langfristigen Übergangslösungen herumschlagen müssen, weil eine Veränderung <über Nacht> unmöglich ist. Das ist im übrigen selbst dann der Fall, wenn im Zuge einer Reform des Krankenversicherungswesens die private Krankenversicherung aus dem Verkehr gezogen würde.

### **3. Ein aktueller Überblick über die Gesetzliche Rentenversicherung (GRV)**

Die Stimmung in der öffentlichen Meinung ist stark durch die rechten und konservativen Medienkanäle geprägt. Sie haben auf ihrer Seite eine handliche Formel: Alle werden älter und immer weniger Erwerbstätige zahlen für immer mehr Rentner ein. Gleichzeitig dürfen die Sozialbeiträge nicht steigen, da die BRD auf dem Weltmarkt der Standortkonkurrenz nicht mehr standhalten wird, wenn Arbeitskraft teurer wird. Wird dieses Paradigma akzeptiert, dann ergeben sich die politischen Schlussfolgerungen in Gestalt des Neoliberalismus quasi von selbst.

Insbesondere die Hochzeit des Neoliberalismus der 90er und 2000er Jahre bis zur Finanzkrise 2009 war auch die Zeit des Runs auf die privaten Zusatzversicherungen, die zu einem prosperierenden Zweig des Finanzkapitals aufblühten. Je weiter die privaten Systeme ausgebaut wurden, desto rapider erfolgte der Rückbau der gesetzlichen Rentenversicherung.

Die Entwicklung der aktuellen Determinanten:

- Der Beitragssatz stieg von 1949 = 10% über 1970 = 17% auf 2018 = 18%

Der Beitragssatz bemisst den Rentenversicherungsanteil des Bruttoeinkommens aller Versicherungspflichtigen bis zur Beitragsbemessungsgrenze (die betrug 2025 8.050,00 € Brutto/Monat). Vom Bruttolohn sind je 50% vom Lohnarbeiter und Kapitalisten in die Rentenversicherung einzuzahlen. Selbständige Versicherungspflichtige zahlen 100%. Minijobs werden je nach Beschäftigung mit pauschalen Sozialabgaben von 28% belastet.

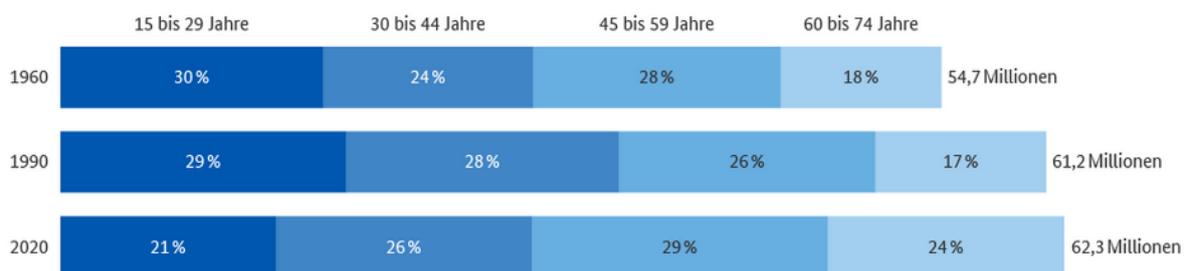
- Die Bundeszuschüsse für die Rentenversicherung sind ausdrücklich zur Abdeckung versicherungsfremder Leistungen<sup>3</sup> vorgesehen.

- Die Bevölkerungsentwicklung befindet sich 2020 mit 83,20 Mill. auf dem historisch höchsten Stand. Zwischen 2011 und 2021 wuchs die Gesamtbevölkerung von 80,3 auf 83,2 Millionen. In derselben Zeit wuchs der Anteil der Generation 65+ an der Gesamtbevölkerung von 2011 = 20,7% auf 2021 = 22,1%.<sup>4</sup>

## Erwerbsbevölkerung

Die lange Zeit gewachsene Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter wird in den kommenden Jahrzehnten deutlich zurückgehen. Gleichzeitig nimmt der Anteil älterer Personen an der Erwerbsbevölkerung zu.

### Erwerbsbevölkerung nach Altersgruppen, 1960–2050



Die Erwerbsbevölkerung oder auch erwerbstätige Bevölkerung rekrutiert sich aus allen Erwerbspersonen + Arbeitslosen unter der Gesamtbevölkerung. Von dieser abgezogen werden Kinder, Rentner und Studenten.<sup>5</sup>

- Auch die Gesamtbevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 15-74 Jahren ist in den letzten 60 Jahren stark angestiegen.

- Die erwerbstätige Bevölkerung betrug am 31.05.2023: 45,7 Mill., das waren 76,90% der Erwerbsbevölkerung. Von diesen Erwerbstätigen waren wiederum 34,90 Mill. sozialversicherungspflichtige Beschäftigte.<sup>6</sup>

- Die Arbeitslosigkeit hat stark abgenommen. Grundsätzlich wird unterschieden zwischen:

<sup>3</sup> Dazu eine eigene Rubrik s.u.

<sup>4</sup> s.a. [https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/09/PD22\\_N061\\_12\\_13.html](https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/09/PD22_N061_12_13.html)

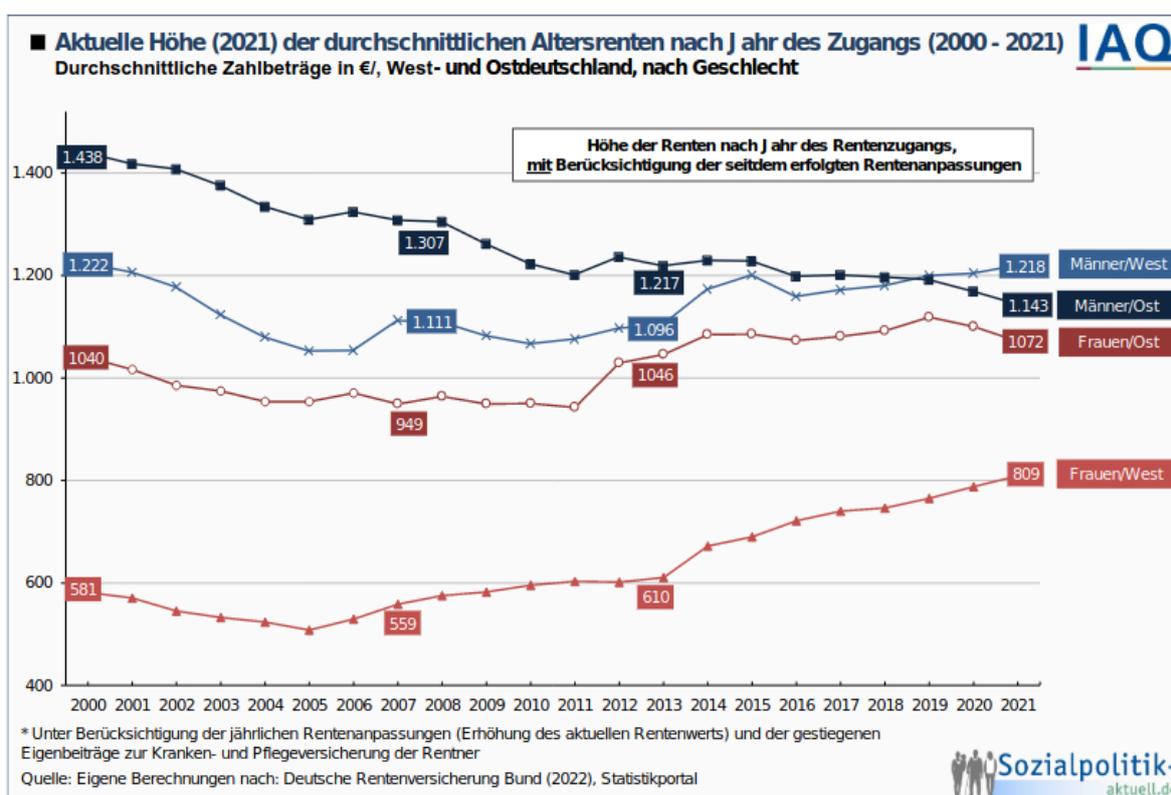
<sup>5</sup> <https://www.demografie-portal.de/DE/Fakten/erwerbsbevoelkerung.html>

<sup>6</sup> [https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Arbeitsmarkt/Erwerbstaetigkeit/\\_inhalt.html](https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Arbeitsmarkt/Erwerbstaetigkeit/_inhalt.html)

1. Die Arbeitslosenquote gibt den Anteil registrierter Arbeitsloser im Verhältnis zur Summe aller Erwerbstätigen + Arbeitslose an. Die Arbeitslosigkeit im Mai 2023 betrug in der BRD 2,544 Mill.

2. Unterbeschäftigte sind alle, die kurzfristig wegen Krankheit dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen oder in Maßnahmen geparkt wurden, in Kurzarbeit oder Altersteilzeit sind und Menschen, die vorübergehende Unterstützung der Bundesagentur bei der sog. Existenzgründung (die berühmten <Start-ups>) beziehen. Im Mai 2023 betrug ihre Anzahl 3,419 Mill.<sup>7</sup>

3. Davon zu unterscheiden sind die sog. <Minijobber>, die bis 2022 max. 420€/Monat steuerfrei verdienen durften (seit 2025 556 €). Ihre Anzahl 2022 betrug 6,70 Mill. im gewerblichen und privaten Bereich.<sup>8</sup>



9

Bei allen Zahlenspielen ist stets im Gedächtnis zu behalten, dass die Zahl der erwerbstätigen Menschen in der BRD von der Migration abhängt und davon, ob es den politischen Willen geben wird, Migranten forciert in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Von solchen Bewegungen im Sektor Migration und Arbeit wird die Zukunft des Rentensystems abhängen.

7 <https://www.arbeitsagentur.de/news/arbeitsmarkt>

8 [https://www.minijob-zentrale.de/SharedDocs/Downloads/DE/Quartalsbericht/2022/Quartalsbericht\\_2022\\_1.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=2](https://www.minijob-zentrale.de/SharedDocs/Downloads/DE/Quartalsbericht/2022/Quartalsbericht_2022_1.pdf?__blob=publicationFile&v=2)

9 [https://www.sozialpolitik-aktuell.de/files/sozialpolitik-aktuell/\\_Politikfelder/Alter-Rente/Datensammlung/PDF-Dateien/abbVIII44d.pdf](https://www.sozialpolitik-aktuell.de/files/sozialpolitik-aktuell/_Politikfelder/Alter-Rente/Datensammlung/PDF-Dateien/abbVIII44d.pdf)

Die Mehrheit der Demographen und Versicherungsgurus serviert ihrem Publikum schlichte Kost: Angesichts der absehbaren Trends zum Arbeitskräftemangel ist die Rente in Zukunft nur durch Ausweitung der Erwerbszeiten zu finanzieren. Wo noch vor 10 Jahren der Fokus auf den demografischen Zwängen lag, dass <WIR> in Zukunft werden länger arbeiten müssen und die Heraufsetzung des Rentenalters auf 70 Jahre diskutiert wurde, zirkulieren heute die gleichen Rezepte zum Kurieren einer neuen Krankheit mit dem Namen Fachkräftemangel. Der Begriff der <jungen Alten><sup>10</sup> ist hier paradigmatisch: Er bedeutet nicht nur, dass heute die Rentner immer agiler und gesünder als ihre Vorgängergenerationen sind und dementsprechend Rente zum dritten Lebensabschnitt statt der Vorbereitung auf das Sterben geworden ist, sondern eben auch einen gewachsenen Anspruch an die <Alten>, dass sie auch im Rentenalter dazu bereit sind, ihre Arbeitskraft dem Kapital zur Verfügung zu stellen. Diese wachsenden Ansprüche aus dem Lager von Regierung, Arbeitgeberverbänden, Versicherungswesen, Liberalen und Konservativen schlagen sich nieder im Verlangen nach verlängerter Arbeitszeit. Während es nicht sehr häufig von Erfolg beschieden sein dürfte, gutsituierte Rentner noch zum Weiterarbeiten zu bewegen, ist dies bei Renten unter monatlich 1.200,00 € eher der Fall.

In der Grafik zur Höhe der Altersrenten 2000-2021 ist zu beachten, dass für einen Teil der Rentner die Bezüge aus der GRV noch aus verschiedenen Quellen aufgestockt wurden. „Nach Angaben der repräsentativen Studie Alterssicherung in Deutschland (ASID) stammten im Jahr 2019 im Durchschnitt lediglich 61 Prozent des Bruttoeinkommensvolumens der 65jährigen und älteren Personen aus der gesetzlichen Rentenversicherung. 22 Prozent entfielen auf andere Alterssicherungssysteme (zum Beispiel betriebliche Altersversorgung, Beamtenpensionen, Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes). Die private Vorsorge hatte einen Anteil von 7 Prozent und lediglich ein Prozent entfiel auf Transferleistungen wie Wohngeld-, Sozialhilfe- oder Grundsicherungszahlungen. Schließlich stammten 9 Prozent des Bruttoeinkommensvolumens aus anderen Einkommensquellen, vor allem Erwerbseinkommen.“<sup>11</sup>

Die folgenden Zahlen stammen aus dem Mikrozensus 2021, sind also Näherungswerte. Sie zeigen aber, dass immerhin das persönliche Nettoeinkommen von 38,2% der Rentnerinnen und von 14,7% der Rentner unter 1000 €/Monat lag. Der Mikrozensus hat auch erbracht, dass knapp 13% der Senioren/innen erwerbstätig sind.

Das Rentenniveau liegt z.Zt. bei ca. 49% und die GroKo hatte schon vor 2021 beschlossen, dass das Rentenniveau bis 2025 nicht unter 48% absinken soll. Das Rentenniveau basiert auf der Eckrente, d.h. der Standardrente und betrug 2021 16432 €/Jahr Netto. Diesen Betrag erhält ein fiktiver Durchschnittsverdiener, der 45 Jahre eingezahlt hat. Das Rentenniveau zeigt, in welchem Verhältnis die Standardrente eines Jahres zum Durchschnittsverdienst der Beitragszahler desselben Jahres steht. Von 1990 fiel das Netto-Rentenniveau bis 2021 von 59,8% auf 49,4%.<sup>12</sup>

---

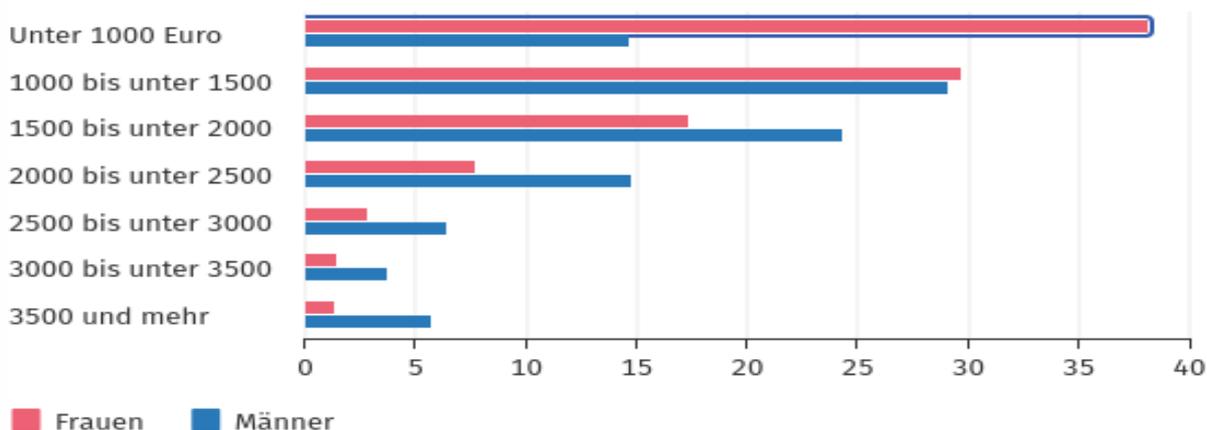
10 Silke van Dyck, Stephan Lessenich: Die jungen Alten

11 <https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61854/renten-nach-zahlbetrag-grv/>

12 <https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61842/entwicklung-des-rentenniveaus-grv/>

### Persönliches monatliches Nettoeinkommen von Rentnerinnen und Rentnern aus Altersgründen 2021

Anteil in %



## 4. Immer mehr Rentner sind arm

Wer heute den Begriff der Armut nicht nur beschreiben will, sondern auch den Anspruch geltend macht darzustellen, woher Armut resultiert, der kommt nicht umhin die gravierenden Veränderungen der vergangenen 15 Jahre in Rechnung zu ziehen. Damals befand sich die BRD in einer sozialökonomischen Situation, die sich erheblich von der heutigen unterscheidet.

1. Die BRD steuert heute auf einen gravierenden Fachkräftemangel zu. Noch 2009 war Arbeitslosigkeit ein gewichtiges Thema.
2. Die BRD befindet sich so wie die allermeisten OECD-Staaten in einer Wachstumskrise.<sup>13</sup>
3. Die geopolitische Situation ist in Bewegung. Stärker als je zuvor sind Staatsinterventionen in Finanzmärkte, industrielle Basis und Rüstungssektor gefragt. Infolge der Finanzkrise 2009ff hat sich die Staatsverschuldung beträchtlich erhöht.
4. Eine schnell erodierende ökologische Situation bedingt zusätzliche Staatsausgaben und wachsende Rohstoffknappheit. Abgesehen von knapper werdenden Rohstoffen in der konventionellen Produktion, wenden sich die begehrlichen Blicke immer stärker jenen knappen Rohstoffen zu, die in der Umwelttechnik und in der Digitalisierung eine Schlüsselrolle spielen bzw. spielen werden. Warum Rohstoffknappheit? Die meisten industriellen Antworten auf Klima- und Umwelterosion erfordern ein Bündel sensibler Rohstoffe, deren absehbare Verknappung nicht nur durch rapiden Abbau der günstigsten Lagerstätten, sondern auch durch häufig auftretende Konzentration in wenigen Nationalstaaten mittelfristig eintreten wird.

<sup>13</sup> s.a. Aaron Benanav: Automatisierung und Zukunft der Arbeit, 2021

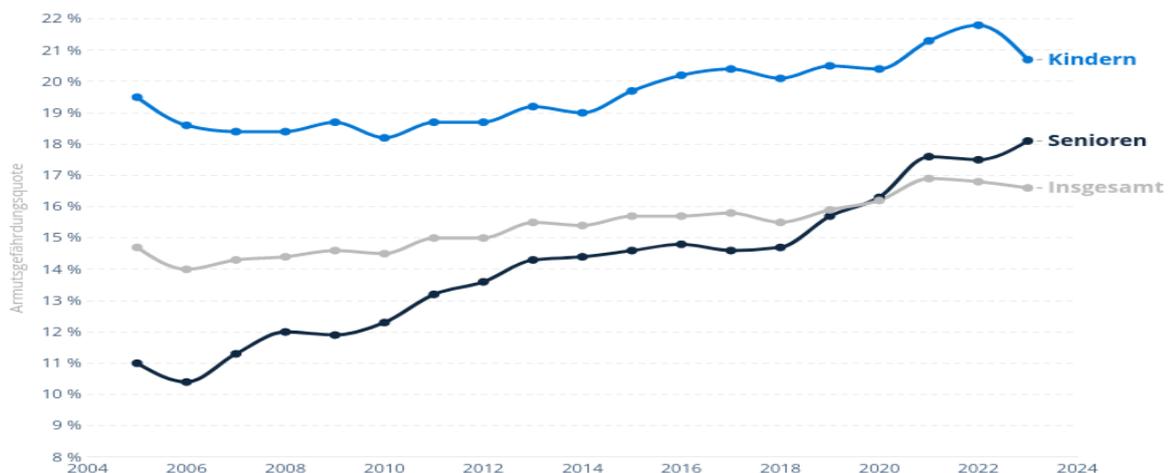
5. Wir haben explizit damit zu rechnen, dass sich die EU weiter nach rechts entwickelt, d.h. konservative Kräfte stärker und häufiger als je zuvor bereit sein werden, mit der harten Rechten ins politische Bündnis zu gehen. Das bahnt sich in der BRD erst durch zarte Bande in Sachsen und Thüringen an. Das steht bevor in Spanien und Frankreich. Das ist längst Realität in Ungarn, Schweden, den Niederlanden, Finnland und in Italien.

6. Armut ist nicht irgendeine Zahl, sie ist Indikator eines Verteilungsmaßes, der feststellt, ab welchem (angenommenen und vielfältig verifizierten) Niveau eine gravierende Benachteiligung bei der gesellschaftlichen Integration eintritt: Arme sterben früher, sie sind öfter krank und schlechter versorgt: Arme geben kaum oder nichts aus für kulturelle Teilhabe. Arme wohnen auf weniger Quadratmetern Wohnfläche und in Quartieren mit miesem Umfeld. Arme sind in allen Industriegesellschaften die einzige Bevölkerungsgruppe, deren Konsum in Einklang mit den Erfordernissen des Klimawandels steht. Statistische Armut ermöglicht eine Aussage über den gesellschaftlichen Entwicklungsweg. Armut wird in Deutschland seit 2005 gemessen.

Eine neue Situation ergibt sich daraus, dass der Fachkräfte- und allgemeine Arbeitskräftemangel die Position der Lohnarbeit im Klassenkonflikt stärkt und seit einigen Jahren eine Zunahme der Konfliktbereitschaft bei Belegschaften in verschiedenen Berufssparten zu beobachten ist: s.a. Bahn, Gesundheitssektor, Handel etc.

Besonders auffällig ist die steigende Armutsquote trotz des starken Rückgangs der Arbeitslosigkeit zwischen 2005 und 2022 um 50%. Zumindest in Deutschland ist das das Resultat einer politischen Strategie zur Veredelung des Standortes Deutschland. Ein breiter Niedriglohnsektor trägt dazu bei, die Lohnstückkosten zu senken und damit - zumindest ist das politische Hoffnung - den Standort BRD für das global agierende Kapital attraktiver zu machen.

### Armutsgefährdungsquote unter Kindern, Rentnern und der Gesamtbevölkerung



Quelle: Statistisches Bundesamt

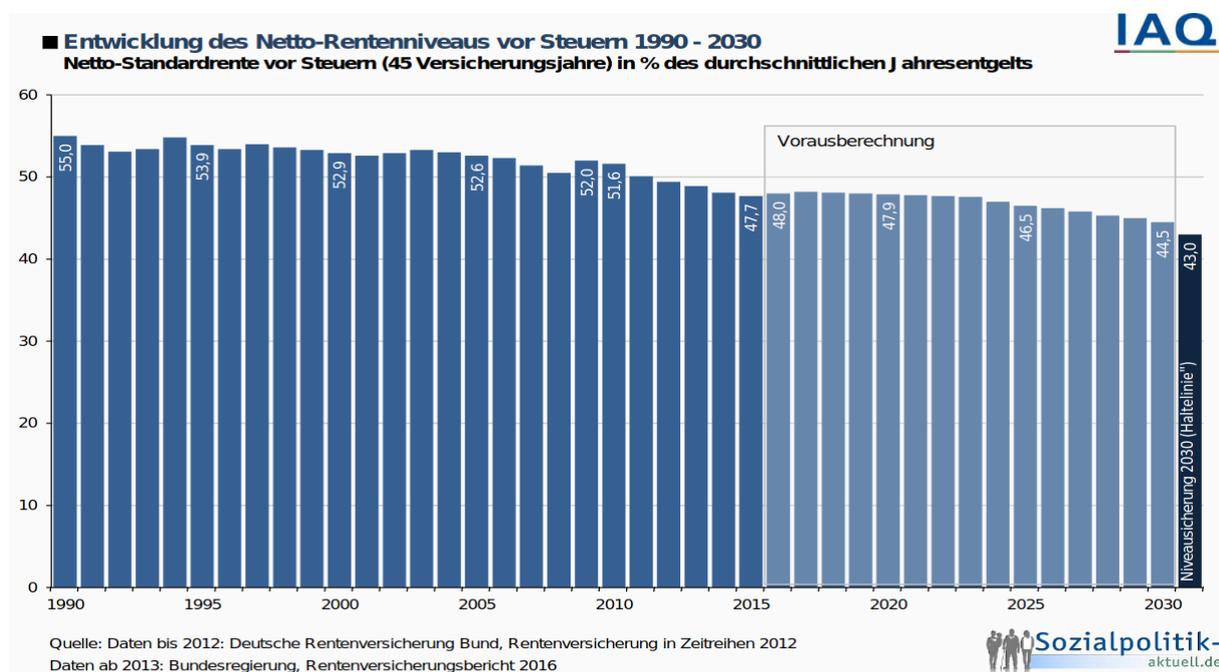
Statista 24.02.25: <https://de.statista.com/themen/120/armut-in-deutschland/#topicOverview>

Irgendwelche Prognosen zur weiteren Entwicklung sozialer Ungleichheit in der BRD zu geben ist Unsinn. Die Gemengelage ist zu komplex und die Entwicklung auch aufgrund der von außen wirkenden Einflüsse wenig vorhersehbar. Eines aber lässt sich festhalten: Die Armut im Rentenalter wird steigen, solange seitens des Staates eine Rentenreform blockiert wird, die beträchtliche Teile deutscher Rentenbezieher wirklich aus der Armut befreit. Dazu sind die Trends zu eindeutig.

## 5. Was ist eine armutsfeste Rente?

Der Begriff ist ein geflügeltes Wort, das wohlweislich niemand zu definieren wagt. Der DGB schreibt in <Rente mit 67 - Vierter Monitoring-Bericht des Netzwerks für eine gerechte Rente>: „*Ein Neuaufbruch in der Alterssicherung ist notwendig: Die gesetzliche Rentenversicherung muss auch in Zukunft den wesentlichen Teil der Lebensstandardsicherung im Alter leisten, und sie muss außerdem für Versicherte mit langen Erwerbsbiographien **armutsfest** ausgestaltet sein, selbst wenn längere Zeiten im Niedriglohnsektor oder in Arbeitslosigkeit zurücklegt wurden.*“ (ebd. S. 52)

Das kann nur erzielt werden, wenn eine Grundsicherung an alle gezahlt wird, die heute 1.500,00 € Netto pro Monat plus örtlicher Zuschläge nicht unterschreiten sollte. Das wären bei gegenwärtig 21 Mill. Rentnern ca. 35 Mrd. €/Monat und 420 Mrd.€/Jahr. Wenn noch Zuschläge von 50 Mrd. € hinzugefügt würden, dann beliefe sich die Summe der Gesamtausgaben der gesetzlichen Rentenversicherung auf 470 Mrd. €/Jahr, würde also die Ausgaben der gesetzlichen Rentenversicherung 2020 um 132 Mrd. €/Jahr übertreffen.



Halten wir uns vor Augen: Die GRV ist eine Rentenversicherung des ärmeren Bevölkerungsteils. 2021 hatten die Hälfte aller männlichen und 2/3 aller weiblichen Rentenbezieher weniger als 1.500,00 €/Monat zur Verfügung. Da das Rentenniveau von 1990 bis 2015

von 54% auf 48% zurückgegangen ist und der Niedriglohnsektor sich prächtig entwickelt hat, dürfte sich der bestehende Trend - wenn nicht politisch etwas passiert - fortsetzen.

Das zumindest prognostiziert das <Institut Arbeit und Qualifikation der Universität Duisburg-Essen in seiner oben angeführten Grafik (Entwicklung des Netto-Rentenniveaus ...) <sup>14</sup>

Was würde auf der Einnahmenseite der GRV passieren, wenn alle Einkommensbezieher in eine gemeinsame Rentenversicherung einzahlen würden? Ein gravierender Einwand wird in der Regel dagegen vorgebracht: Wer viel verdient und hohe Beiträge zahlt, der wird später auch eine hohe Rente beziehen. Zumindest nach dem geltenden Äquivalenzprinzip würde diese Integration von Beamten, Selbständigen und allerlei Großverdienern nicht viel verändern. Doch dazu weiter unten.

## 6. Die Bilanz der GRV: Die Defizite der Einnahmeseite

Wie könnten die Einnahmen der GRV so erhöht werden, dass eine armutsfeste Rente für alle gezahlt werden kann? Natürlich könnten die paritätischen Zahlungen in die Rentenkassen erhöht werden, ebenso könnten die Altlasten der Alterssicherungssysteme in der BRD endlich mal saniert werden: Das sind ein Sondersystem für Beamte (Pensionen beliefen sich 2024 auf über 80 Mrd. €) und eine Beitragsbemessungsgrenze 2025 für Großverdiener von 8.050,00 €/Monat. Wir möchten diese beiden Punkte hier beiseite lassen, obwohl die Integration aller Einkommensbezieher in eine einheitliche Rentenkasse ein wirklich wirksamer Bürokratieabbau wäre, transparentere Verhältnisse schaffen würde, krasse Ungleichheiten des Rentensystems ein wenig dämpfen könnte und natürlich gewaltige Einnahmen in die Rentenkassen spülen würden. Aber unabhängig von diesen ignorierten Einnahmequellen gibt es in Form der <versicherungsfremden Leistungen>, die das bestehende System der GRV zu tragen hat, eine Intransparenz und eine notorische Unterfinanzierung der GRV. Seit Jahrzehnten werden immer wieder neue Kostenübernahmen der GRV durch aktuelle <Zwänge> der Regierungspolitik dekretiert, die die Ausgaben der Rentenversicherungen belasten, weil ihnen keine Einnahmen gegenüberstehen.

Genauer zur Gesetzlichen Rentenversicherung:

- Die Deutsche Rentenversicherung hatte 2021 57 Mill. Mitglieder ohne Rentenbezug.
- 2020 betragen die Einnahmen der gesetzlichen Rentenversicherung 334 Mrd.€. Davon betrug die Höhe des Bundeszuschusses 53 Mrd. € und die zusätzlichen Bundeszuschüsse 27 Mrd. €. Die Einnahmen aus Rentenbeiträgen betragen 2020 253 Mrd. €.
- 2020 betragen die Rentenausgaben 304 Mrd. €. Sonstige Ausgaben beliefen sich auf 34 Mrd. €, sodass die Gesamtausgaben sich auf 338 Mrd. € beliefen. (s.a. Tab. der Deut. Rentenversicherung in: BPB (Bundeszentrale politische Bildung) - Einnahmen und Ausgaben der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV).<sup>15</sup>

<sup>14</sup> Monatsgrafik aus dem Juli 2017. Link:

[https://www.sozialpolitik-aktuell.de/files/sozialpolitik-aktuell/\\_Politikfelder/Alter-Rente/Datensammlung/PDF-Dateien/abbVIII37\\_Grafik\\_Monat\\_07\\_2017.pdf](https://www.sozialpolitik-aktuell.de/files/sozialpolitik-aktuell/_Politikfelder/Alter-Rente/Datensammlung/PDF-Dateien/abbVIII37_Grafik_Monat_07_2017.pdf)

<sup>15</sup> <https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61857/einnahmen-und-ausgaben-der-gesetzlichen-rentenversicherung-grv/>

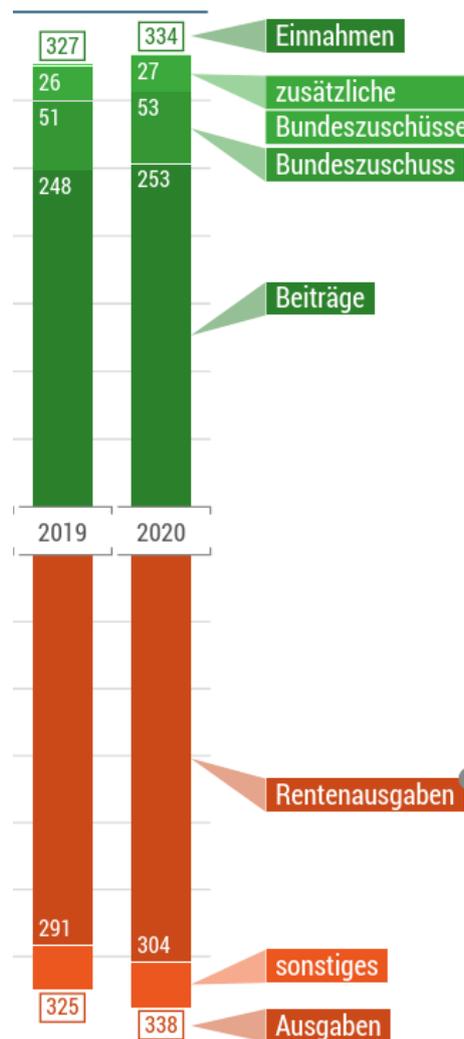
Hier sind zwei kritische Punkte zu berücksichtigen, ohne die die ganze Rentendebatte nur unvollständig verstanden werden kann. Zwei Themen im <Großen Buch> der Rentenzählungen, über die offiziell nur verschämt gesprochen wird und die von kritischer Seite zu wenig beachtet werden:

1. die sogenannten Bundeszuschüsse und ihr (angebliches oder tatsächliches finanzielles Gegenstück)
2. die versicherungsfremden Leistungen

Ad 1. Die rechts abgebildete Grafik der BPB (Bundeszentrale für politische Bildung) zeigt für 2 Jahre (2019 und 2020) die Anteile von Bundeszuschüssen und Beiträgen auf der Einnahmeseite gegenüber Rentenausgaben der GRV.<sup>16</sup>

ad 2. schrieb die BPB: „Rentenbestandteile, denen als Maßnahme des sozialen Ausgleichs keine oder zu niedrige Beitragsleistungen zugrunde liegen, werden als **versicherungsfremde Leistungen** bezeichnet. Die allgemeine Rentenversicherung bekommt aus dem Bundeshaushalt jährlich Zuschüsse, Beiträge und Erstattungen für die Finanzierung nicht beitragsgedeckter Leistungen (Bundeszuschuss). Da diese in die gesamtgesellschaftliche Verantwortung fallenden Mehrkosten nicht einseitig auf die Beitragszahler umgelegt werden können, müssen sie von der Allgemeinheit getragen, das heißt aus Steuermitteln finanziert werden. Zusätzliche Bundeszuschüsse erhält auch die knappschaftliche Rentenversicherung. Versicherungsfremde Leistungen sind insbesondere:

- Kriegsfolgelasten
- arbeitsmarktbedingte Leistungen (zum Beispiel Renten wegen Arbeitslosigkeit),
- Anrechnungszeiten (zum Beispiel Besuch einer Fach- oder Hochschule)
- Zurechnungszeit (bei Erwerbsminderung vor formellem Renteneintritt werden Zeiten angerechnet, die sich positiv auf die auszahlbare Rente auswirken).
- einigungsbedingte Leistungen aus dem Beitritt der DDR (zum Beispiel Auffüllbeträge),
- Familienleistungen (zum Beispiel Kindererziehungszeiten) und
- Entgeltpunkte für langjährige Versicherung.“<sup>17</sup>



16 <https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61857/einnahmen-und-ausgaben-der-gesetzlichen-rentenversicherung-grv/>

17 <https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61857/einnahmen-und-ausgaben-der-gesetzlichen-rentenversicherung-grv/>

Die BPB behauptet, dass die <versicherungsfremden Leistungen> im Wesentlichen durch die Bundeszuschüsse gedeckt werden. Genau das wird von anderer Seite aber bestritten.

So schreibt die Aktion Demokratische Gemeinschaft (ADG): *„In der gesetzlichen Rentenversicherung sind zum Thema versicherungsfremde Leistungen folgende Sachverhalte festzustellen: Versicherungsfremde Leistungen erfüllen Aufgaben der gesamten Gesellschaft, d.h. Aufgaben, die alle ihre Berechtigung haben.“*

Versicherungsfremde Leistungen gibt es seit 1957.

Ebenfalls seit 1957 sind die Zahlungen des Bundes zu gering, um die versicherungsfremden Leistungen in vollem Umfang zu finanzieren.

---

Seit 1957 haben die verschiedenen Bundesregierungen insgesamt rund 700 Mrd. Euro auf diese Weise zweckentfremdet. Es besteht ein Schattenhaushalt, der ausschließlich von Versichertenbeiträgen finanziert wird. *"Nach der Definition des VDR (Verband Deutscher Rentenversicherungsträger) ... sind alle Leistungen der Rentenversicherung als versicherungsfremd anzusehen, die nicht oder nicht in vollem Umfang durch Beiträge der Versicherten gedeckt sind."*<sup>18</sup>

Ab 1990 musste - laut ADG - die GRV „... für die Renten aller Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes der DDR (Mitarbeiter der Regierung und Ministerien, aller Behörden, der Volkspolizei, der Nationalen Volksarmee, der Staatssicherheit, der Schulen, Hochschulen und wissenschaftlichen Institute usw.) aufkommen, deren Nachfolger als Beamte selbstverständlich keine Beiträge mehr zahlen, die aber aufgrund der Zusatz- und Sonderversorgungssysteme vergleichsweise hohe Rentenansprüche haben bzw. Renten beziehen.“(s.a.S.7) Hinzu kamen in den Folgejahren noch Aufgaben, die eigentlich Sache der Bundespolitik gewesen wären. Darunter auch ab 31.01.2008 Kindererziehungszeiten für Frauen, die in einer berufsständischen Vereinigung rentenversichert sind, die keine vergleichbaren Leistungen zahlt. So zahlt die GRV seit 1.7.97 einen Ausgleich für berufliche Benachteiligung an Opfer politischer Verfolgung in der DDR. (ADG,S.8)<sup>19</sup>

---

18 Aktion demokratische Gemeinschaft e.V.: Versicherungsfremde Leistungen in der Arbeiter- und Angestelltenrentenversicherung (Publikation zum Herunterladen)

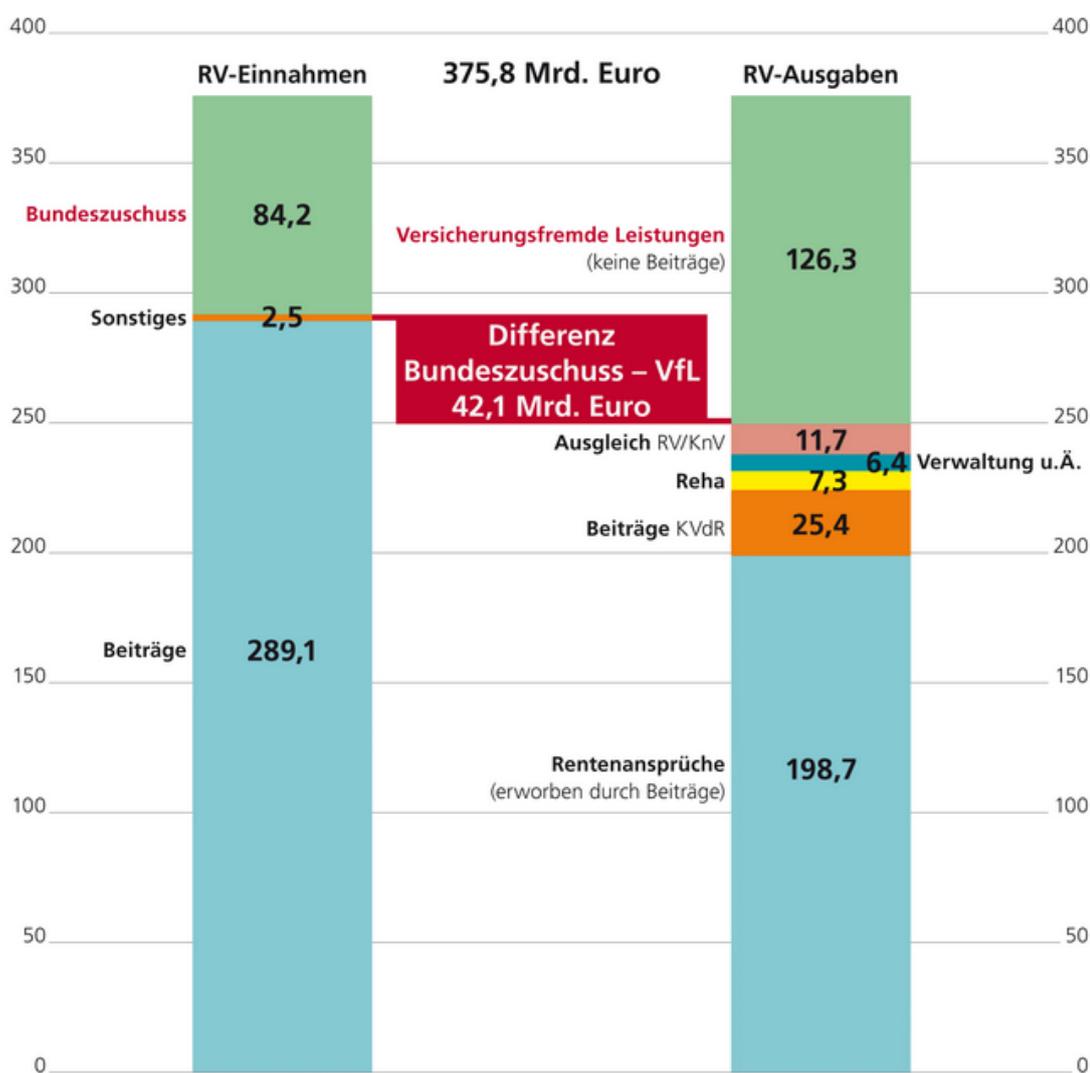
<https://www.adg-ev.de/publikationen/publikationen-altersvorsorge/1404-versicherungsfremde-leistungen-in-der-arbeiter-und-angestelltenrentenversicherung-2>

19 <https://www.adg-ev.de/publikationen/publikationen-altersvorsorge/1925-differenz-bundeszuschuss-versicherungsfremde-leistungen-2023>

Die folgende Grafik <Allgemeine Rentenversicherung 2023> der Hans-Böckler-Stiftung zeigt die Struktur der GRV in ihrer Einnahmen- und Ausgabenseite.

Die Grafik zeigt, dass ein großer Teil der Rentenbeiträge zweckentfremdet wird, da die beitragslosen Versicherungsfremden Leistungen (VfL) durch den Bundeszuschuss nicht ausreichend ausgeglichen werden.

### Allgemeine Rentenversicherung 2023



VfL = Versicherungsfremde Leistungen  
 RV = Rentenversicherung  
 KnV = Knappschaftsversicherung  
 KVdR = Krankenversicherung der Rentner

Quellen:

DRV – Rentenversicherung in Zahlen 2024, Seite 20/21

DRV – Nicht beitragsgedeckte Leistungen und Bundeszuschüsse 2020, Ausgabe Oktober 2021

bei enger Abgrenzung sich auf 63,3 Mrd. € belaufen hätten. Der Bundeszuschuss im Jahr 2020 belief sich auf 73,3 Mrd. €.

Die Hans-Böckler-Stiftung griff 2005 eine Untersuchung des DIW (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung) auf, in der versicherungsfremde Leistungen in der Sozialversicherung (Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung) erforscht wurden.<sup>20</sup> Dort wird festgehalten:

*„Rentenversicherung: Den größten Brocken machen die versicherungsfremden Leistungen bei der Rentenversicherung aus. Von zehn Euro, welche die Rentenversicherung ausgibt, gehören vier eigentlich nicht zu ihren Leistungen. **Der Bund zahlt zwar einen Zuschuss, aber es verbleiben immer noch 39,2 Milliarden.** Den weitaus größte Teil machen Witwen- und Witwerrenten aus. Sie galten bis 1986 als versicherungseigene Leistung. Seitdem werden allerdings die Einkünfte des hinterbliebenen Ehepartners auf die Witwenrente angerechnet. Diese Rentenart sei damit „von einer Versicherungsleistung zu einer Fürsorgeleistung“ geworden, die nur noch bei Bedürftigkeit gezahlt wird, sagen die Wirtschaftsforscher.*

Auch die Frührenten (Altersrente vor dem 65. Lebensjahr, Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten wegen Arbeitsmarktlage) gelten als versicherungsfremd - dies umso mehr, seitdem es versicherungsmathematische Abschläge für diejenigen gibt, die vorzeitig aus dem Erwerbsleben ausscheiden. Die „normalen“ Erwerbsunfähigkeit-/Berufsunfähigkeitsrenten (also nicht wegen Arbeitsmarktlage) gehören allerdings zu den Risiken, welche die Rentenversicherung abdecken soll. Rückläufig sind die Ausgaben für Kriegsfolgelasten: 1985 machten sie noch 9,5 Prozent der gesamten Rentenausgabe aus, 2002 waren es nur noch 6,7 Prozent. Auch der Anteil der Anrechnungszeiten wird weiter zurückgehen - weil die Renten auslaufen, bei denen die Ausbildungszeiten großzügig berücksichtigt wurden, und weil Neurentner ab 2005 geringere oder gar keine Anrechnungszeit-Ansprüche mehr erwerben.

Rentenzuschläge (etwa für Kindererziehungsleistungen) spielen eine fast untergeordnete Rolle. Ein Teil der Zuschläge ist - ebenso wie die Vereinigungslasten - auf die politisch gewollte deutsche Einheit zurückzuführen.“<sup>21</sup>

Nun gibt es keine gesetzlich bestimmte feste Abgrenzung versicherungsfremder Leistungen. Der Bundesrechnungshof bemerkt zu diesem Thema: „Versicherungsfremde Leistungen sind grundsätzlich in Art und Höhe unbestimmt. Denn es ist nicht gesetzlich festgelegt, wie sie von den Versicherungsleistungen abzugrenzen sind. Folglich ist offen, ob die versicherungsfremden Leistungen teilweise beitragsfinanziert sind oder ob ein Teil der Versicherungsleistungen steuerfinanziert ist.“<sup>22</sup> Die DRV-Bund gibt für 2020 an, dass bei

<b>Versicherungsfremde Leistungen in der Sozialversicherung</b>	
Aufwendungen 2002 (Mrd. Euro)	
<b>Rentenversicherung</b>	
Witwen-, Witwerrente	31,6
Frührenten	16,0
Kriegsfolgelasten	14,0
Anrechnungszeiten	10,2
Rentenzuschläge	9,0
Vereinigungslasten	7,7
Rentenbestand	7,7
<b>Summe</b>	<b>88,5</b>
Ausgleich durch Bundeszuschuss	49,3
Durch Beiträge fehlfinanziert	39,2

20 (<https://www.boeckler.de/de/boeckler-impuls-versicherungsfremde-leistungen-7380.htm>)

21 [https://www.boeckler.de/pdf/impuls\\_2005\\_06\\_versicherungsfremd.pdf](https://www.boeckler.de/pdf/impuls_2005_06_versicherungsfremd.pdf)

22 Bundesrechnungshof: Transparenz bei den versicherungsfremden Leistungen, S.1

---

Heute gibt es in der DRV eine Beitragsbemessungsgrenze, ab der keine weiteren Einzahlungen mehr stattfinden; mit der Folge, dass dann auch eine Maximalrente existiert. Das heutige Verfahren der Maximalbeiträge sollte in einer festzulegenden Übergangszeit beibehalten und später, aus Solidaritätsgesichtspunkten, abgeschafft werden. Im Endstadium wird - unabhängig von den eingezahlten Beiträgen - eine einheitliche Rente gezahlt, die eine umfassende Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben ermöglicht.

- *Verfahren zur Festlegung der Rentenhöhe und der Struktur der Renten* sollte im deutschen Rentensystem grundsätzlich in Übereinkunft der tragenden Sozialverbände mit einer parlamentarischen Mehrheit erfolgen, nicht aber wie z.Zt. durch reinen Parlamentsbeschluss.
- *Renteneintrittsalter, Zu- und Abschläge auf die Rente*: Als allgemeines Renteneintrittsalter sollte das 65. Lebensjahr festgelegt werden. Ausnahmen sollten für Menschen gelten, die in besonders belastenden Berufen arbeiten (z.B. Bergbau, Bau, Teilen der Chemieindustrie, Seefahrt etc.).
- *Jede Verkoppelung des Rentensystems mit dem System der Kapitalverwertung* nach dem Muster der <Aktienrente> ist strikt abzulehnen. Sie führt weder zu besseren Renten noch zu höherer Rentensicherheit.<sup>28</sup> Sie ist nur ein weiterer Versuch, das Kräfteverhältnis von Kapital und Arbeit zugunsten des Kapitals zu verschieben. Jede Lohnarbeiterin, jeder Lohnarbeiter wird im System der Aktienrente von Kapitalseite zunächst gefragt, ob sie mit ihren Forderungen nach Lohnerhöhungen oder gar Streiks ihre zukünftige Rente absenken wollen? Diese suggestive Frage ist es, die in der FDP, in Unternehmerverbänden, in der Versicherungswirtschaft und in Teilen von CDU/CSU magische Faszinationen auslöst, denn sie ist ein Kleinod im Schatzkästchen des erfolgreichen Klassenkampfes von oben.

---

[https://www.bundesrechnungshof.de/SharedDocs/Downloads/DE/Berichte/2023/hauptband-2023/09-volltext.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=4](https://www.bundesrechnungshof.de/SharedDocs/Downloads/DE/Berichte/2023/hauptband-2023/09-volltext.pdf?__blob=publicationFile&v=4)

28 Die wesentlichsten Argumente finden sich in Holger Balodis: Die neue «Aktienrente»: weitgehend nutzlos, RLS Analyse 06.03.2024.